

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfach Leipzig 28614

Abdruck des Inhalts der Gewerbesteuerbeschlüsse 5 für die folgenden Taxen: Gewerbesteuer bei Gewerbetreibenden monatlich 4 Mk., bei anderen Betrieben monatlich 2 Mk., auf dem Lande 1 Mk., bei den Pächtern monatlich 15-20 Mk. mit Zinseszinsgebühren. Die Beschlüsse sind in den Gewerbesteuern und in den Beschlüssen über die Gewerbesteuerbeschlüsse enthalten. Im Falle der Gewerbesteuerbeschlüsse sind die Beschlüsse über die Gewerbesteuerbeschlüsse enthalten. Im Falle der Gewerbesteuerbeschlüsse sind die Beschlüsse über die Gewerbesteuerbeschlüsse enthalten.



Vertriebspreis 1 Mk. für die 6-gelagerten Ausgaben oder deren Äquivalent. Die Abnahme 1.20 Mk. Bei Bestellung und Lieferung entsprechender Preiskarte. Die Abnahme ist im amtlichen Teil der Zeitung zu entnehmen. Die 3-gelagerten Ausgaben 3 Mk. Nachbestellung-Bestell 20 Mk. Die Abnahme ist im amtlichen Teil der Zeitung zu entnehmen. Die 3-gelagerten Ausgaben 3 Mk. Nachbestellung-Bestell 20 Mk. Die Abnahme ist im amtlichen Teil der Zeitung zu entnehmen.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 111.

Sonnabend den 14. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meissen-Land.

In der Woche vom 15. bis 21. Mai werden verteilt:

- a) auf sämtliche Nährmittelkarten, Abschnitt 13
350 Gramm amerikanisches Weizenmehl, Pfundpreis 3,75 Mk. 3 Pakete Zwieback, Preis für 1 Paket 1,95 Mk.
- b) auf gelbe und weiße Nährmittelkarten, Abschnitt 13
1 Paket Einheitsbrot zum Preise von 1,80 Mk. 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 5,50 Mk.
- c) auf sämtliche Lebensmittelkarten, Abschnitt 13
2 Päckchen Milchspeisen, Preis für das Päckchen 0,55 Mk. 1 Dose Kondensmilch mit Zucker zu 8 Mk.

Meissen, am 11. Mai 1921. Nr. 88 h II F. Die Amtshauptmannschaft.

Die sofortige Ausführung der Vorrichtungsarbeiten in der Bürgermeisterswohnung soll vergeben werden. Die näheren Bedingungen sind in der Kreiskanzlei zu erfahren. Angebote werden bis 17. Mai d. J. erbeten.

Wilsdruff, am 11. Mai 1921.

Der Stadtrat.

Wegen Massenschutt wird für die Zeit vom 17. bis 21. Mai der Dorfweg vom Gasthof bis an den Plankensteiner Weg gesperrt.

Der Verkehr wird über Herzogswalde bez. Steinbach verwiesen.

Helbigsdorf, am 12. Mai 1921. Bormann, Gemeindevorstand.

Regulativmäßig kommen demnächst die

Gräber (Abteilung A Reihengräber für Erwachsene)

der von Anfang Februar 1890 bis Ende Januar 1894 auf dem neuen Friedhofe hiesiger Kirchgemeinde bestatteten zur Einbeziehung. Alle diejenigen, welche ein Interesse an der Erhaltung eines solchen Grabes haben, wollen dies bis zum 15. Juni 1921 auf hiesigem Pfarramte zur Anmeldung bringen, wobei die geordneten Gebühren mit zu entrichten sind.

Wilsdruff, am 11. Mai 1921.

Der Kirchenvorstand. Wolke, Pfarrer.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 9 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichspräsident hat an die zurückgetretenen Reichsminister Dr. Simons und Dr. Heinze Ausschreiben gerichtet.

Gegen die gewaltsame Requirierung von Automobilen und deren Führern im besetzten Rheinland hat die Reichsregierung bei der Entente einschiedenen Einspruch erhoben.

Der Reichstag hat am Donnerstag seine letzte Sitzung vor Auflösung abgehalten und sich dann bis zum 31. Mai vertagt.

Parteioberrat und Parteizentralrat der sozialdemokratischen Partei haben in Kassel getagt, den diesjährigen Parteitag auf den 18. September nach Götting einzuberufen.

Die französische Presse verlangt den Einmarsch ins Ruhrgebiet bei dem geringsten Verstoß gegen die Ultimatumforderungen.

Einer Meldung aus Rom zufolge kündigt der italienische Außenminister Graf Borja seinen Rücktritt an.

Feindliche Betteln.

Von besonderer Seite wird uns über die zwischen den beiden angelsächsischen Staaten jenseits und diesseits des Atlantik herrschenden Rivalitäten geschrieben:

Möglicherweise erhält das, was wir jetzt erleben, demnächst eine besondere Beleuchtung durch Zusammenhänge, die uns jetzt noch unklar sind.

Der Gegensatz zwischen Amerika und England wird immer schärfer. Schon spricht man in Amerika offen vom Kriege. Daher das Jögern Hardings, eine Mittlerrolle zu übernehmen, die möglicherweise von England abgelehnt werden könnte; daher auch das fröhliche Streben Frankreichs, Deutschland zu entwaffnen und finanziell zu vernichten, daher die Aufhebung Volens, denn Frankreich fürchtet einen Gegner in seinem Rücken zu haben, wenn es den Engländern beibringen muß; daher auch die sonderbare Haltung Lloyd Georges. In Amerika spottet man über die Annäherung der Angelsachsen mit ihrer überlegenen „Kultur“, und es ist bezeichnend, daß die englisch gedruckten Blätter Amerikas das Wort „Kultur“ auf deutsch zitiieren (nicht etwa „culture“), genau so, wie sie früher die deutsche Kultur verhöhnten. Man läßt über die Festredner, die ihre Hand zum Grabe über den Ocean strecken, und hat ein Achselzucken für diejenigen, die den Krieg ablehnen. Die amerikanische Zeitung „Nation“ kündigt eine Folge von nicht weniger als 10 Artikeln an, die sich mit der Kriegsmöglichkeit mit England beschäftigen wollen. Im ersten, der bereits erschienen ist, lesen wir die Stelle: „Freundschaft ist sehr schön, es gibt davon viel und sie soll gepflegt werden. Aber der Friede wird dadurch nicht gesichert. Wir können zehn Jahre freundlich sein, aber dann passiert im ersten Jahre etwas, was die Freundschaft in bitteren Haß verkehrt. Jetzt können wir gegen Englands Kampf in Irland protestieren, so viel wir wollen, und England kann sich über unser Eingreifen auf Haiti entrüsten; das schadet gar nichts, man braucht deswegen keinen Schutz abzugeben. Aber eines Tages wird so etwas den Vorwand abgeben, um die wahren Gründe des Krieges zu maskieren.“

Der denkt da nicht an Belgien, für das England in den Weltkrieg zog! Genau so klingt es auf englischer Seite. Die große englische Schiffszeitung „Fratryland“ läßt sich also vernahmen: „Alles, was den freien Warenverkehr fördert, gibt schließlich zu Kriegsgeboten Anlaß. Manche Leute glauben, daß Englands Beziehungen zu Amerika durch ein bißchen Speichelleckerei herzlich werden können. Kann sein, kann auch nicht sein!“

Ein anderes englisches Blatt, die „English Review“, äußert sich: „Reicht gesagt, daß ein Krieg zwischen England und Amerika undenkbar sei. Solche Nebenbeweise sind nur die Gedankenarmut der guten Leute, die so sprechen.“

Ein kanadischer Staatsmann, J. S. Ewart, der 1910 bei dem Schiedsgericht über gewisse Fischereibestimmungen eine große Rolle gespielt hat, wurde kürzlich in New York womöglich noch deutsch. „Leider sind die Interessen

Englands und Amerikas verschieden, ja sie stehen neuerdings direkt auf einem Bruch hin. Wilson hat gesagt, daß die Saat des Krieges heutzutage angeblich infolge industrieller und kommerzieller Rivalität. Wir wären Warren, wenn wir bei dem Gedanken stehen blieben, daß ein Krieg zwischen zwei angelsächsischen Völkern undenkbar wäre!“

Was die Engländer und die Amerikaner eigentlich gegeneinander haben, bleibt dabei gänzlich unausgesprochen. Jeder weiß es. Amerika ist für England zu mächtig geworden, und das Mißtrauen ist einmal da. In Amerika erwartet man den Angriff, und England sucht Bundesgenossen in Japan und Frankreich, von Kanada und den Kolonien gar nicht zu sprechen — alles natürlich im Interesse des Friedens, der Freiheit der Meere und sonstiger schöner „Punkte“. Die Möglichkeit eines zweiten Weltkrieges steigt drohend am Horizont auf.

Der polnische „Sieg“.

Die Festlegung der sog. Demarkationslinie.

Zunächst hat der Bormarsch der Banden Korsantys es erreicht, daß nunmehr in dem beunruhigten deutschen Gebiet eine sog. Demarkationslinie wie bei einem Waffenstillstand zwischen zwei gleichberechtigten Gegnern festgelegt worden ist. Wie übereinstimmend aus Warschau und aus Paris gemeldet wurde, hat die Interalliierte Kommission also damit die Anerkennung Korsantys vollzogen. Die Demarkationslinie soll von Oberberg an längs der Oder bis nach Dziergowitz, dann über Ujez, Loz, Sawagki und Gutsentag bis nach Wodanowicz an der polnischen Grenze verlaufen. Die östlich und nördlich dieser Linie liegenden Kreise Plesz, Rzeszów, Glatz, Glatz, Kattowitz, Königsbrunn, Zarnowitz, Hindenburg und der größte Teil von Lublitz würde damit den Aufständischen überlassen bleiben. Die Polen haben diesen Beschluß bereits so ausgedeutet, daß ihnen nunmehr dieses ganze Gebiet zugesprochen sei, und keine Macht der Erde könne es ihnen wieder entziehen. Die Truppen der Interalliierten Kommission sollen hinter die Demarkationslinie zurückgezogen werden, die ganze Gewalt soll den Aufständischen übertragen werden. Die Interalliierte Kommission hat damit eine Handlung vollzogen, die direkt den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages widerspricht, im schärfsten Gegensatz zu der Unterzeichnung des letzten Ultimatus durch Deutschland steht und von der man annehmen müßte, daß sie sofort von den alliierten Mächten als nichtig bezeichnet werden müßte. Davon verläutet aber vorläufig nichts Ernsthaftes. Entweder ist der Zustand von den oberösterreichischen Polen hervorgerufen worden, dann hat die Interalliierte Kommission die Pflicht, für schleunigste Wiederherstellung der Ordnung zu sorgen, oder der Zustand ist von Polen ausgegangen, dann muß er erst recht aufs schnellste beendet werden, und darüber hinaus müssen die Alliierten auch die polnische Regierung zwingen, die von ihnen getroffenen vertraglichen Vereinbarungen zu respektieren.

Polnische Freundschaft.

Die Polen haben in dem von ihnen besetzt gehaltenen Teil Oberschlesiens große Freundschaftsbewegungen veranstaltet. Sie haben die Nachricht von dem verbotenen Waffenstillstand zwischen der J. A. R. und Korsantys in der Weise bekanntgegeben, daß sie behaupten, der Oberste Rat habe bereits die Korsantys-Linie als dauernde polnische Grenze anerkannt. Der Landrat von Hindenburg hat demgegenüber eine Kundgebung erlassen, in der er diese Behauptung lägen straft.

Diplomatische Schritte in Warschau

Die zweideutige Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Einfall in Oberschlesien hat zu einigen diplomatischen Schritten in Warschau geführt, von denen man vorläufig allerdings nicht viel mehr als eine platonische Wirkung zu erwarten braucht.

Den deutschen Einspruch überreichte der deutsche Geschäftsträger v. Driesen. Die Hauptnote wurde von den alliierten Regierungen überreicht, die der polnischen Regierung eine finanzielle Schadenersatzpflicht androhen und ausdrücklich erklären, daß sie keine vollzogene Tatsache anerkennen. Am schärfsten im Ton war die Proklamation der britischen Regierung, vom Geschäftsträger Müller überreicht, die ausdrücklich von der Illegalität der Warschauer Regierung spricht.

Die britische Note hat die Warschauer Presse so gereizt, daß sie mit offenem Hohn antwortet: Der kleine David (Lloyd George) werde nichts gegen den oberösterreichischen Goliath vermögen. Die Warschauer Regierung hat sich zu den Notizen noch nicht geäußert. Aber die deutsche Annahme des Ultimatus ist die polnische Presse außerst verstimmt, weil dadurch die Hoffnung auf eine nachträgliche Scheinbegünstigung der polnischen Militäraktion durch Beteiligung an den „Sanktionen“ geschwunden ist. Die polnische Presse spricht daher von einem neuen deutschen Frieden. An der Börse dagegen steigt die deutsche Mark sprunghaft.

Hindenburg und Plesz besetzt.

Die Polen haben den inneren Hauptteil der Stadt Hindenburg räumen müssen. Vorher hatten sie auf dem Rathaus neben der polnischen auch die französische Flagge gehißt, die der Kreisinspektor aber sogleich herunterholten ließ. Prof. Kleinwachter, der von Jungenteuten verschleppt worden war, ist zurückgekehrt. Die Stadt Plesz haben die Aufständigen nur zwei Stunden halten können. Sie ist wieder ganz in den Händen der Stalener, die den Bahnhof und alle öffentlichen Plätze stark besetzt haben. Der Generalkommandant der Aufständigen befindet sich zurzeit in Zablonau.

Oberschlesien im englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain, die polnische Aktion in Oberschlesien sei offensichtlich ein überlegter Versuch, den Vertrag von Versailles unwirksam zu machen. Die britische und die alliierten Regierungen hegten nicht die Absicht zuzulassen, daß die jüngsten befallenen Ereignisse sie irgendeine von der gerechten Durchführung des Vertrages ablenken. Die aufständische Bewegung habe eine höchst schwierige und heikle Lage geschaffen; er ziehe es deshalb vor, sich auf die Erklärung zu beschränken, daß die britische Regierung in enger Beratung mit den alliierten Regierungen über das beste Mittel, mit der Sache fertig zu werden, siehe. Die britische Regierung habe bereits gewisse praktische Vorschläge gemacht, welche zurzeit erwogen würden.

Loucheur und der Wiederaufbau.

Verwendung deutscher Arbeiter.

Der französische Minister Loucheur hat in Paris vor auswärtigen Journalisten einen Vortrag über die Wiedergutmachungsfrage gehalten. Er sagte, 500 000 Wohnungen in den zerstörten Gebieten seien unwohnbar. Dr. Simons habe angeboten 25 000 Häuser zu bauen. Dieses Angebot, erklärte Loucheur, nehmen wir sofort an. Loucheur fuhr fort, die Finanzfragen beherrschten das ganze Problem. Das Reparationsbudget werde während 8 Jahren 11 Milliarden erfordern. Von Frankreich seien bereits auf Rechnung Deutschlands 27 Milliarden vorgeschossen. Für die schnelle Durchführung des Reparationsproblems sei vor allem Geld nötig. Selbst wenn Deutschland alles, was von ihm gefordert werde, begabte, werde Frankreich immer noch ausschließlich für Reparationszwecke 25 bis 30 Milliarden aufbringen müssen.

Betreffs der Londoner Konferenz sagte Loucheur, die Reparationskommission habe sich damit beschäftigt, mobilisierbare Wertpapiere zu schaffen, die den internationalen Zahlungsverkehr erleichtern sollten. Es handele sich um einträgliche Schatz, für deren materielle und moralische Sicherstellung die Kommission fornen werde. Die Kommiss-